

**Lebenslange Haft für Boere**

AACHEN (dpa). Das Landgericht Aachen hat den früheren SS-Mann **Heinrich Boere** (Bild, 88) gestern wegen dreifachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.



**33.917**

extremistische Straftaten wurden im vergangenen Jahr in Deutschland verübt. Die Zahl linksextremistischer Straftaten stieg um 39,4 Prozent auf 9375 Delikte. Bei den rechtsextremistischen Straftaten gab es einen Rückgang um 4,7 Prozent auf 19.468 Taten.

**Jürgen Trittin wieder zurück**

BERLIN (dpa). Zwei Monate nach seinem Herzinfarkt ist Jürgen Trittin zurück im politischen Alltag. Der grüne Politiker kehrte gestern in die Politik zurück.

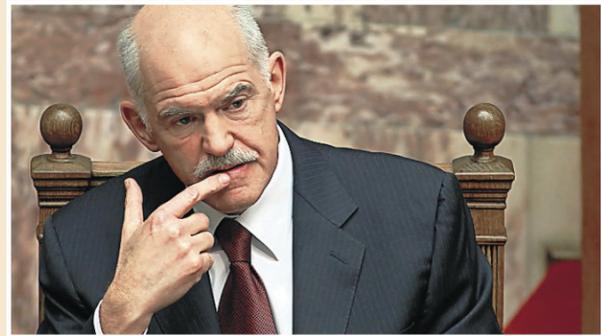


**NGO: Staudamm-Projekt gefährdet 200.000 Indigene in Äthiopien**

LONDON (APA). Die Nichtregierungsorganisation Survival International hat die äthiopische Regierung aufgefordert, dass Staudamm-Projekt „Gibe III“ am Omo Fluss im Südwesten Äthiopiens zu stoppen. Der Bau des Damms werde die Lebensgrundlage von mindestens 200.000 Indigenen zerstören, hieß es gestern in einer Aussendung der Hilfsorganisation, welche sich für die Rechte indigener Völker einsetzt. Außerdem appelliert Survival an potenzielle internationale Geldgeber, wie die Afrikanische Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank (EIB), die Weltbank und die italienische Regierung, das Projekt nicht zu unterstützen.

dem Bau des Wasserkraftwerks beauftragt, hieß es. Dieses Unternehmen habe bereits den kleineren „Gibe II“-Damm gebaut, der nur zehn Tage nach seiner Eröffnung im Jänner 2010 zusammengestürzt sei. Der geplante neue Damm werde den natürlichen Überschwemmungszyklus des Omo zerstören, bei dem fruchtbarer Schlick an die Ufer geschwemmt werde, an denen die indigenen Völker Ackerbau betreiben. Dürren seien in dieser Gegend grundsätzlich ein Problem, und das Dammprojekt werde sich zusätzlich auf die Nahrungsmittelversorgung der indigenen Völker auswirken, warnte Survival International. „Der Gibe III Damm ist eine Katastrophe für die Völker des Omo Tals“, warnte Survival.

Das italienische Unternehmen Salini Costruttori sei mit



Giorgos Papandreu ruft zum Zusammenhalt auf. THANASSIS STAVRAKIS

**Papandreu: Wir schaffen es alleine**

ATHEN (APA/dpa). Griechenland wird die Finanzkrise nach den Worten von Ministerpräsident Giorgos Papandreu alleine bewältigen und braucht dazu kein Geld aus dem Ausland. „Wir haben kein Geld verlangt. Wir werden es alleine schaffen“, sagte Papandreu gestern im Parlament in Athen. Szenarien, wonach Griechenland aus der Eurozone austreten könnte, bezeichnete er als „Erfindungen“.

Auseinander-setzungen in der Öffentlichkeit nützten nichts, sagte Samaras. „Wir dürfen uns jetzt nicht selbst die Augen rauskratzen“, fügte er hinzu.

Er forderte die gesamte politische Opposition angesichts der schwierigen Lage zum Schulterchluss mit der Regierung auf. Dem schloss sich der Chef der oppositionellen konservativen Partei Nea Dimokratia (ND) An-

Griechenland hofft auf einen Mechanismus, der es der Regierung in Athen erlauben würde, Kredite zu vertretbaren Zinsen aufzunehmen. Darüber könnten die EU-Regierungschefs bei ihrem Frühjahrsgipfel am 25. und 26. März entscheiden. Griechenland zahlt derzeit fast 3,3 Prozentpunkte mehr an Zinsen für Kredite als Deutschland. Dem Land, das Mitglied der Eurozone ist, droht wegen immensen Schulden der Staatsbankrott.

**Westerwelle kämpft in Europa für die deutsche Sprache**

BRÜSSEL (APA/AFP). Wie der österreichische Außenminister Michael Spindelegger will auch der deutsche Außenminister **Guido Westerwelle** (Bild) den Siegeszug des Englischen in der Europäischen Union stoppen.



„Wir möchten nicht, dass Deutsch als Sprache in Europa verloren geht.“  
Guido Westerwelle

Hintergrund ist eine Initiative des Außenministers, Deutsch im neuen diplomatischen Dienst der EU zur gleichberechtigten Arbeitssprache neben Englisch und Französisch zu machen. Spindelegger hatte zuvor mitgeteilt, Österreich habe in der Sprachen-Frage mit Deutschland eine Initiative ergriffen. „Deutsch ist die am meisten gesprochene Mutter-

sprache in Europa, und es gibt gar keinen Grund, die deutsche Sprache zu vernachlässigen“, sagte Westerwelle. In einem Brief an EU-Außenministerin Catherine Ashton forderte er, die Einstellungskriterien für den Auswärtigen Dienst sollten „klare Anforderungen für die Beherrschung mehrerer Fremdsprachen, insbesondere auch der deutschen Sprache, enthalten“



**Politiker lassen sich „mieten“**

LONDON (APA/dpa). Kurz vor der Parlamentswahl macht der britischen Regierung eine Lobby-Affäre zu schaffen. Eine Undercover-Recherche des Senders Channel 4 und der Zeitung „Sunday Times“ zeigte, wie führende Politiker der regierenden Labour Party offensichtlich versprochen, gegen Geld ihren Einfluss für Unternehmen geltend zu machen. Die konservative Opposition forderte eine eingehende Untersuchung nach den „schockierenden Anschuldigungen“. Premierminister **Gordon Brown** (Bild) schloss dies jedoch aus. Der ehemalige Verkehrsminister Stephen Byres erklärte vor einem Reporter, der sich als Geschäftsmann ausgegeben hatte, wie ein „Miettaxi“ bereitzustehen.

**Ein Test für die Regierung**

**WAHL-VORSCHAU:** Neben 13 Regionen wird auch in 463 Gemeinden gewählt – 40,9 Mio. Wähler aufgerufen

ROM (mit). Fast zwei Jahre nach den Parlamentswahlen, die Silvio Berlusconi zum dritten Mal in seiner Karriere den Posten des Ministerpräsidenten beschert haben, ist Italien am Sonntag und Montag zu Regionalwahlen aufgerufen.

Gewählt wird in 13 Regionen mit normalem Statut: Piemont, Ligurien, Lombardei, Veneto, Emilia-Romagna, Toskana, Marken, Umbrien, Latium, Kampanien, Apulien, Basilikata und Kalabrien. 40,9 Millionen Wähler sind nach Angaben des Innenministeriums zum Urnengang aufgerufen. Dabei überwiegen die Wählerinnen deutlich. 21,2 Millionen Frauen und 19,7 Millionen Männer sind wahlberechtigt. 1893 Wahllokale werden mehrheitlich in Schulen organisiert. Gewählt wird auch in vier Provinzen: Imperia, Viterbo, Caserta und L'Aquila.

Die Provinzwahlen in L'Aquila waren schon im vergangenen Jahr geplant, mussten aber wegen des verheerenden Erdbebens am 6. April 2009 verschoben werden. An den Provinzwahlen beteiligen sich insgesamt 1,4 Millionen Wähler.

**Stichwahlen am 11. und 12. April**

In 463 Gemeinden sind Kommunalwahlen geplant. Die größten an der Bürgermeisterwahl beteiligten Städte sind Venedig, Mantua, Lecco, Lodi, Macerata, Chieti und Andria. Gewählt wird am Sonntag von 8 bis 22 Uhr und am Montag von 7 bis 15 Uhr. Mit ersten Ergebnissen ist am Montagabend zu rechnen. Sollte bei den Kommunalwahlen in Gemeinden mit über 15.000 Einwohnern kein Bürgermeisterkandidat beim ersten Wahlgang die Mehrheit von 50 Prozent plus eine Stimme erhalten, sind Stichwahlen am 11. und 12. April vorgesehen.

Neben den Regionalwahlen hat auch das Bürgermeisterduell



Wahlveranstaltung von Mitte-Rechts in Rom. Auch eine PDL-Abordnung aus Südtirol nahm teil. mauro scrobogna

in Venedig auf nationaler Ebene eine politische Relevanz.

„Ich bin sicher, ich werde beim ersten Wahldurchgang gewinnen.“  
Minister Renato Brunetta

Der Minister für die öffentliche Verwaltung, **Renato Brunetta** (Bild), geht gegen den Kandidaten des Mitte-links-Bündnisses, Giorgio Orsoni, ins Rennen. Der parteiunabhängige Rechtsanwalt Orsoni wird von der Demokratischen Partei (PD) und von der christdemokratischen UDC unterstützt. Er hofft zum Nachfolger des von der PD unterstützten Bürgermeisters Massimo Cacciari aufzurücken, der sich jetzt von der Politik verabschieden will, um sich wieder ganz dem Philosophieunterricht an der Universität zu widmen.

Der gebürtige Venezianer Renato Brunetta, der mit seinem unermüdlichen und oft provokativen Kampf gegen den schwerfälligen, aufgeblähten Bürokratieapparat in Italien immer wieder für Debatten sorgt, will die Führung der Lagunenstadt übernehmen und zugleich Minister bleiben.



„Ich werde es schaffen. In Frankreich sind die besten Minister diejenigen, die auch Bürgermeister sind. Für eine Weltstadt wie Venedig wäre es ein Pluspunkt, einen Bürgermeister zu haben, der auch Minister ist“, sagte der 56-jährige Brunetta. Spannend ist auch das Wahl-

duell in der Provinz L'Aquila, die nach dem Erdbeben mühevoll um einen Neubeginn ringt. Die amtierende Provinzpräsidentin Stefania Pezzopane hofft als Kandidatin der oppositionellen PD auf eine Wiederwahl. Sie geht gegen den Kandidaten der Mitte-rechts-Allianz Antonio Del Corvo ins Rennen. Die Lage ist in L'Aquila gespannt. Seit Wochen demonstrieren die ehemaligen Bewohner des vom Erdbeben zerstörten Zentrums L'Aquilas für eine zügigere Räumung der Trümmer in der Innenstadt. Die Demonstranten drängen seit Wochen sonntags durch die polizeilichen Absperrungen ins historische Zentrum der Abruzen-Stadt und verlangen seine Wiedereröffnung. Symbolisch führen die Demonstranten Schubkarren und Eimer mit sich, um auf die notwendigen Aufräumarbeiten hinzuweisen.